

**THESEN FÜR EINE KAMPAGNE GEGEN DIE DEUTSCHE  
BETEILIGUNG AN KRIEG UND BESATZUNG IM IRAK**  
**Für die Strategiekonferenz der Friedenskooperation 22. Januar 2005 in Frankfurt/Main**

*Von Joachim Guilliard*

Ausgangssituation

Der Krieg im Irak ist noch lange nicht vorbei und ein Ende ist nicht Sicht. Die Zahl der Opfer unter der irakischen Bevölkerung seit Beginn der Invasion wird mittlerweile auf über 100.000 geschätzt, die der Verwundeten liegt um ein vielfaches höher, die Mehrzahl sind Frauen und Kinder. Die Zahlen steigen täglich weiter, wie auch die der getöteten oder dauerhaft schwer geschädigten Besatzungssoldaten.

Die USA und ihre „Koalition der Willigen“ haben das Land unter der Vortäuschung falscher Tatsachen überfallen. Der Krieg war, wie auch UN-Generalsekretär Kofi Annan feststellte, völkerrechtswidrig, d.h. ein Aggressionskrieg und somit ein schweres Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Da die Invasion illegal war, kann selbstverständlich auch die Besatzungsherrschaft über das eroberte Land nicht rechtmäßig sein. Sie kann es auch nicht durch Resolutionen des UN-Sicherheitsrats werden.

Statt die Besatzung zu beenden und der irakischen Bevölkerung die Organisation ihrer Gesellschaft selbst zu überlassen und die Mittel zur Beseitigung der angerichteten Zerstörungen bereitzustellen, setzt die US-Regierung auf eine Marionettenregierung und die militärische Vernichtung des Widerstandes. Dies wird zur weiteren Eskalation der Gewalt führen, die auch Wahlen unter US-amerikanischem Protektorat nicht beenden können.

Mit ihrer Besatzungspolitik verstoßen die USA und ihre „Koalition der Willigen“ in vielfacher Hinsicht gegen internationales Recht und begehen offensichtliche Kriegsverbrechen. Es handelt sich u.a. um Verstöße gegen die für alle beteiligten Staaten verbindlichen Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung, den Genfer Konventionen, der UN-Charta und den beiden UNO-Menschenrechtspakten (über ökonom., soziale und kulturelle Rechte, sowie zivile und politische Rechte). Hierzu zählen:

- Verweigerung des Schutzes von Leben und Gesundheit,
- ungenügende Bereitstellung lebensnotwendiger Dienste, Nahrung und Bildung,
- die Abriegelung ganzer Städte und die Unterbrechung der Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten, Wasser und Energie,
- Verhinderung des Zugangs von Hilfsorganisationen,
- Angriffe auf zivile Ziele, insbesondere auf Krankenhäuser und Ambulanzen,
- willkürliche Festnahmen, demütigende Behandlung und Folter,
- Exekutionen verwundeter und gefangener Gegner,

- und schließlich auch die grundlegenden Änderungen der ökonomischen Struktur des Landes, sowie die Vernichtung von Arbeitsplätzen und Erwerbsmöglichkeiten. (1)

Die Besatzungspolitik ist offensichtlich nicht geeignet, Frieden und Demokratie herzustellen, sondern treibt immer größere Teile der Bevölkerung in aktive Opposition.

Die USA sind im Land so verhasst, dass jede auf sie gestützte politische Organisation ohne jegliche Legitimation bleiben wird und nur mit militärischer Unterstützung durch die USA überleben kann. Auch wenn es den Besatzungstruppen gelingen würde, den Widerstand zu besiegen, so könnte sich das so installierte Regime nur mit autoritären Maßnahmen halten.

Auch die im Moment noch für Ende Januar angekündigten Wahlen bieten keinen Ausweg. Der Wahlprozess steht unter Kontrolle der US-Regierung. US-Statthalter Bremer hat vor seiner Ablösung die entsprechenden Gesetze erlassen und die Wahlkommission eingesetzt. Viele Gruppierungen sind von den Wahlen von vornherein ausgeschlossen, interne Flüchtlinge (mehr als 200.000 allein aus Fallujah) konnten sich nicht als Wähler registrieren lassen. Kriege und Bomben lassen ohnehin keine demokratischen Wahlen zu (2)

#### Unterstützung durch BRD, NATO und EU

Die dt. Regierung trägt trotz früherer Kritik am Krieg die Politik der USA und GBs im Irak mit und unterstützt sie politisch, wirtschaftlich und militärisch. Auch die meisten Medien haben sich ab Kriegsbeginn hinter die USA gestellt und übernehmen meist deren Darstellung des Geschehen.

Bundesregierung, wie die Medien ignorieren oder verharmlosen die Folgen von Krieg und Besatzung und stellen eine unter US-Hoheit durchgesetzte „Stabilisierung“ des Iraks als alternativen Weg aus der Misere hin, auch wenn diese offensichtlich – wenn überhaupt – nur mit brutaler Gewalt durchgesetzt werden kann. Vorschläge der zivilen Opposition gegen die Besatzung werden auch hier ignoriert. (3)

#### Politische und wirtschaftliche Unterstützung

Die Bundesregierung votierte im UN-Sicherheitsrat für die von den US-Regierung eingebrachten Resolutionen und stellte sich auch in NATO, EU und internationalen Gipfeln hinter die US-Politik. Auch finanziell beteiligt sich die BRD und die EU an einer Reihe von US-Projekten im Irak, u.a. an den für Januar geplanten Wahlen. Die BRD und die EU-Staaten stimmten auch dem weitgehenden Schuldenerlass für den Irak zu. Unter den aktuellen Bedingungen kommt dies nicht der Bevölkerung, sondern den USA und ihren irakischen Verbündeten zugute.

Bundesregierung und Medien übernehmen die Propaganda, wonach der Kampf im Irak Teil des „Krieges gegen den Terror“ wäre. Ignoriert wird, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Besatzung und ihre Einrichtungen ablehnt. Die menschenverachtenden Terroraktionen einiger weniger Gruppierungen mit dubiosen Hintergrund werden mit dem gesamten Widerstand gleichgesetzt. Der zivile Widerstand wird nahezu vollständig ausgeblendet, ebenso die Tatsache, dass sich der überwiegende Teil der zivilen wie militärischen Widerstandsorganisationen von Terroranschlägen auf zivile Ziele, Entführungen und Enthauptungen etc. distanziert.

#### Militärische Unterstützung

Die Stützpunkte in Deutschland bilden das logistische Rückrat der US-Armee für Operationen im Mittleren Osten. 80% des Nachschubs für die US-Truppen im Irak gehen über das Territorium der BRD. Hier befinden sich auch einige der Stäbe der im Irak kämpfenden Einheiten. Hier wurden und werden Soldaten für ihren Einsatz ausgebildet. Bundeswehrsoldaten und BGS haben Überwachungsaufgaben übernommen, und dadurch Tausende von US-Soldaten für den Einsatz in den Irak freigemacht.

Das Lazarett in Landstuhl ist direkt in die Kriegführung involviert, da hier die Notbehandlung schwerverletzter GIs durchgeführt wird. (4)

Die Bundesregierung hält zwar an ihrer Weigerung fest, dt. Soldaten im Irak selbst einzusetzen, hat sich einem stärkeren Engagement der NATO vor Ort aber nicht widersetzt. Im Rahmen der NATO-Unterstützung für die Besatzungsmächte, bildet die Bundeswehr Soldaten der irakischen Armee aus, die von der US-Armee aufgestellt und kommandiert wird. Die BRD stellt zudem 20 Radpanzer vom Typ "Fuchs" und 100 Militärlastwagen zur Verfügung.

### Ansatzpunkte für eine Kampagne gegen die deutsche Beteiligung

1. Da die Zielsetzungen der verschiedenen politischen Kräfte des Irak und die Kräfteverhältnisse nach wie vor schwer einzuschätzen sind, können Prognosen über die Entwicklung nach einem Abzug der Besatzungstruppen kaum gemacht werden. Ein Wiederaufleben der alten Diktatur ist aber so wenig zu befürchten wie ein islamischer Staat. (5) Aktuell dominieren zwar Organisationen, die ein größeres Gewicht für den Islam anstreben, keine setzt sich aber für einen islamischen Staat ein. Er wäre aufgrund der langen säkularen Tradition des Irak auch nicht durchsetzbar.

Entscheidend ist, dass unabhängig davon, welche Konflikte im Irak nach Abzug der US-Truppen auch drohen, die Besatzung (bzw. der „Übergangsprozess“ unter US-Kontrolle) keinen Beitrag zur Lösung leisten kann, sondern selbst das größte aller Übel und die Hauptursache der Gewalt ist. Dies müssen wir zuerst öffentlich klarstellen.

2. Der Rechtfertigung, es handle sich bei der Besatzung um Kampf gegen den Terror, müssen wir entgegentreten.

Terrorismus und religiösen Extremismus gibt es zwar tatsächlich im Irak, (wenn auch im geringeren Ausmaß, wie es die US-Propaganda glauben lassen möchte), sie sind aber offensichtlich eine der hässlichen Folgen der Invasion. Terroristische Gewalt gegen Unbeteiligte, Entführungen und Enthauptungen etc. gehen fließend über in die allgegenwärtige Gewaltkriminalität, die seit der Zerschlagung jeglicher staatlichen Ordnung durch die Besatzungsmächte den Alltag beherrschen.

Angriffe des militärischen Widerstands auf die Besatzungstruppen sind – unabhängig davon ob wir sie für sinnvoll und politisch oder moralisch für gerechtfertigt halten – kein Terror und sind auch nach geltendem internationalen Recht legitim.

3. Wir müssen uns und anderen klar machen, dass die Bewertung der Besatzungspolitik keine Frage des politischen Ermessens ist: Es handelt sich, wie oben skizziert, um eindeutige und systematische Verbrechen, mit fürchterlichen Folgen für die Bevölkerung. Wer, wie die Bundesregierung, diese Politik unterstützt, macht sich mitschuldig.

Eine gute Möglichkeit hierüber Öffentlichkeit herzustellen, sind Veranstaltungen im Rahmen der internationalen Tribunale über den Irakkrieg.

4. Der überwiegende Teil der EU-Staaten beteiligt sich direkt an Krieg und Besatzung im Irak. Hier ist also schon Praxis, was im Rahmen der EU-Militarisierung perfektioniert und mittels EU-Verfassung verrechtlicht werden soll. Es ist daher sinnvoll, diese Beteiligung bei der Kampagne gegen EU-Militarisierung/ EU-Verfassung zu thematisieren.

5. Ansatzpunkte für Kampagne bieten die konkrete militärische Unterstützung wie die Lieferung der Fuchspanzer.

Ansatzpunkte, das Ausmaß deutscher Beteiligung sichtbar zu machen, bieten natürlich vor allem die Standorte der US-Armee in Deutschland.

Immer wieder werden auch direkte Verwicklungen der dort stationierten Einheiten in Kriegsverbrechen bekannt. So kommen einige der Folterer von Abu Ghraib aus der 205. Brigade des Militärischen Geheimdienstes im hessischen Wiesbaden-Erbenheim. Ihr oberster Kommandeur, General Ricardo Sanchez (bis Juni auch US-Oberbefehlshaber im Irak), hat seinen Sitz in Heidelberg und gehört zu den US-amerikanischen Verantwortlichen, gegen die das "Center for Constitutional Rights" Klage beim Generalbundesanwalt einreichte.

6. Die internationale Unterstützung, insbesondere durch die europäischen Staaten und den UN-Sicherheitsrat, die ihrem Vorgehen eine gewisse völkerrechtliche Legitimität verschaffen, ist der einzige verbliebene Trumpf der USA im Irak. Eine klare Verweigerung weiterer Unterstützung Deutschlands und anderer EU-Staaten hätte daher erhebliche Auswirkungen, sowohl international als auch bzgl. der Haltung der US-Bevölkerung zur Besatzung.

Anmerkungen:

(1) Siehe hierzu die Zusammenfassung des US-amerikanischen *Center for Economic and Social Rights* (CESR) „Beyond Torture – U.S. Violations of Occupation Law in Iraq“, Juni 2004, <http://www.cesr.org/beyondtorture.htm>

(2) Während bei der Wahlfarce in Afghanistan immerhin 600 Wahlhelfer der UNO mithalfen, sind es im Irak nur 35. Ein guter Teil des politischen Spektrums hat bereits seinen Boykott verkündet.

(3) s. J. Guilliard, „Vermittlung abgelehnt“, jW 10.11.04  
[http://www.embargos.de/irak/occupation/berichte/vermittlung\\_infic\\_jg.htm](http://www.embargos.de/irak/occupation/berichte/vermittlung_infic_jg.htm)

(4) Siehe den Beitrag Claus Schreers beim Irak-Tribunal-Hearing in Berlin am 19. Juni 2004 „Die Rolle Deutschlands im Irak-Krieg“  
<http://www.iraktribunal.de/hearing190604/schreer.htm>

(5) siehe „Sami Ramadani on occupiers' myths echoed by the media“, Arab Media Watch, 10.12.04,  
<http://www.arabmediawatch.com/modules.php?name=News&file=article&sid=2218>